

DAS NEUE WIR

**MIGRATIONS-
KONFERENZ
2016**



SOLIDARITÄT

Mely Kiyak



Liebe Kolleginnen und Kollegen,

die 125-jährige Geschichte der IG Metall zeigt: Solidarität ist der Motor für Veränderungen, für sozialen und gesellschaftlichen Fortschritt. Solidarität – auch und gerade am Arbeitsplatz – ist das starke Band, das unsere Gesellschaft zusammenhält.

In einer Zeit, in der sich unsere Gesellschaft zunehmend polarisiert, in der vermeintlich einfache Lösungen und Feindbilder Konjunktur haben, gilt es, die Menschen mit klaren Angeboten für eine plurale und solidarische Politik zu gewinnen. Wir brauchen ein neues gesellschaftliches Leitbild von einem gleichberechtigtem, solidarischem Miteinander, das soziale Teilhabe und Selbstbestimmung für alle sichert: das neue „Wir“. Die IG Metall ist dafür eine gestaltende Kraft und lebt Solidarität in Betrieb und Gesellschaft praktisch vor.

Auf der Bundesmigrationskonferenz 2016 der IG Metall hat sich die Schriftstellerein und Journalistin Mely Kiyak mit dem Kerngedanken der Gewerkschaftsbewegung, der Solidarität, auseinandergesetzt, Widersprüche offengelegt und ihre Vision von einer solidarischen Gesellschaft entwickelt. Ihr Vortrag hat das Publikum bewegt. Mich hat eine Passage besonders beeindruckt: *„Selbst erfahrene Solidarität ist das beste Gleitmittel für Teilen wollen und Teilhaben lassen. Aber man muss lernen zu sehen, wo man sie in seinem Leben genossen hat. Vielleicht ist das die schwierigste Aufgabe. Einer sich selbst überdrüssigen Gesellschaft zu zeigen, dass, ganz gleich ob man viel oder wenig hat, es sich dabei immer um das Ergebnis von etwas handelt, an dem viele Menschen Anteil hatten.“*

Christiane Benner, 2. Vorsitzende der IG Metall



Das neue Wir: Für die Teilnehmenden der 11. Bundesmigrationskonferenz war Solidarität nicht nur ein Diskussionsthema, sondern wurde auch praktisch erlebbar. Sprockhövel, 8.-10. Juni 2016.



Als mich die IG Metall für eine Rede anfragte, war meine spontane Frage: Was könnte ich denn Gewerkschaftern erzählen, was sie nicht auch selber wissen? Sind denn Gewerkschaften nicht per se der Ort für Zusammenhalt und Kampf für bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen? Hier treffen doch immer Menschen aufeinander, die die Notwendigkeit des Zusammenstehens erkannt und in die Tat umgesetzt haben.

Natürlich habe ich trotzdem zugesagt. Denn ich bin die Tochter eines Gewerkschafters. Mein Vater war Kupferdrahtlackierer in einer Fabrik, die Drähte an die Flugzeug- und Raumfahrtindustrie lieferte. Unsere Samstage verbrachte ich auf einem Marktplatz, wo ich für unseren Vater stundenlang in einem Plastiktütenumhang stehen musste, weil es um die 35 Stunden Woche ging. Mein Vater war sein ganzes Berufsleben lang bei der IG Metall und schaffte es mit seinen bescheidenen Deutschkenntnissen in den Betriebsrat. Denn die Sprache der Arbeit, die Sprache der Müdigkeit und Erschöpfung, die Sprache des materiellen Mangels und des Wunsches nach Zusammenhalt aller Milieus ist eine universelle Sprache.

Doch mir scheint, dass dieser alte Geist der Arbeiter verloren gegangen ist, weil es diese Arbeiter nicht mehr gibt, diese Fabriken, diese Stempeluhren, diese ganze alte Welt. Als mein Vater anfang zu arbeiten, ging er in einem alten Hemd und einer alten Hose zu seinem Dienst im Vier-Schicht-System. Als sein Betrieb abgewickelt wurde, bestand seine Dienstkleidung aus schweren Arbeitsschuhen mit Metallkappe, Atemschutzmasken und Handcreme. Die die Weihnachtstüten mit Schinken, Kaffee und Schokolade waren längst abgeschafft. Es gab also ein sichtbares Ergebnis des Gewerkschafters. Etwas kam hinzu, etwas fiel weg.

Heute agieren wir mit anderen Begriffen. Der Kampf der unteren Klassen ist nicht mehr geprägt von Forderungen wie Fortbildungsurlaub und Computerkurse wie einst, sondern von einer starken Wertedebatte. Menschenwürde, Respekt, Weltoffenheit, Demokratie, Integration, Inklusion, Rechtsstaatlichkeit sind Begriffe, die von Gewerkschaften neuerlich

gebraucht werden. Es scheint, als ginge es darum, von vorne zu beginnen. An die Anfänge der Geschichte der Gewerkschaften anzuknüpfen, denn in den meisten Fällen geht es in den neuerlichen Debatten erneut darum, Gleichheit unter Ungleichem zu schaffen. Wie in den Anfängen der Arbeiterbewegung, die geprägt waren durch Forderungen nach existenzsichernden Löhnen und sozialer Gerechtigkeit.

Wir haben es heute mit einer Gesellschaft zu tun, die im hohem Maße unruhig ist. Die verschiedenen Milieus rivalisieren um Ressourcen wie Arbeit und Wohnraum. Aber es ist noch mehr. Es ist auch ein Wettkampf um politische Aufmerksamkeit. Wer kann lauter für seine Interessen und Sorgen trommeln.

Das heißt, dass wir also erneut nach einem Konzept suchen, das keine Gesellschaftsgruppe ausschließt. Deshalb möchte ich mit Ihnen über Solidarität sprechen.

In einem Europa der Arbeitslosigkeit, Prekarisierung, Armut und immenser Migrationsströme, scheint mir das Prinzip Solidarität von allen politischen Konzepten die Basis für eine fortschrittliche, nachhaltige und Interessen ausgleichende Lösung zu sein.

In meinem Politikverständnis ist Solidarität ein politisches Konzept. Wenn ich es in Betracht ziehe, geschieht das aus keinem humanistischen Anliegen heraus.

Dies scheint mir nämlich gegenwärtig das größte Problem zu sein. Dass in der politischen Auseinandersetzung darum, wie man beispielsweise in der Flüchtlingsfrage, aber auch in anderen ökonomischen und daraus resultierenden sozialen Konflikten vorgehen soll, Solidarität als Wegweiser für politisches Handeln nicht ernsthaft in Betracht zieht, sondern sie in einer religiös-ethischen Nische parkt und als SOS-Argument hervorholt, wenn alle anderen Lösungskonzepte zu scheitern drohen. Solidarität wird begriffen als bürgerschaftliches Engagement oder als Angelegenheit einer Menschenrechtsorganisation.



Solidarität ist aber nicht die Angelegenheit einiger weniger im Kampf für spezielle politische Interessen, wie wir es aus der Arbeiterbewegung kennen. Solidarität ist auch kein Wert, den es anzustreben gilt. Sondern ein Akt der Handlung. Ein politisches Instrument, das es einzusetzen gilt und das bereits vielfach eingesetzt wird. Ich möchte im Folgenden einige Punkte antippen und zeigen, dass wir das Prinzip Solidarität in unseren Politiken kennen, aber durch eine geschickte Sprache verschleiern, dass wir es mit Solidarität zu tun haben – aus Angst, Teile der Bevölkerung zu verschrecken. Solidarität ist also nichts Neues, sondern die Basis allen Handelns. Die Frage ist immer nur, wer sich mit wem warum solidarisch zeigt.

Versteht man Solidarität als kostbaren Rohstoff, den man jemandem zugutekommen lässt, behandelt man sie als begrenzte Ressource. Bei einer begrenzten Ressource stellt sich zwangsläufig die Frage, wer sie bekommt, beziehungsweise: wer nicht. In einem zunehmend nationalistisch agierenderen Europa kann man sehr eindrücklich beobachten, wie diese Frage beantwortet wird.

Zum Beispiel in Ungarn. Dort verteilt die rechtsextreme Organisation „Ungarische Garde“ Spenden und Lebensmittel für bedürftige ungarische Familien – und zwar nach ihrer Definition von „echten“ ungarischen Familien, was Roma und andere Minderheiten ausschließt. Hier wird Solidarität, deren Merkmal ja eigentlich die Inklusion ist, durch Exklusion zelebriert.

So agieren auch die Mitglieder der griechischen rechtsextremen Regierungspartei „Goldene Morgenröte“, indem sie Hilfsgüter ausschließlich für „Griechinnen und Griechen“ verteilt, nicht aber für sogenannte Balkantürken, Albaner, Sefardim und 17 weitere Minderheitengruppen in Griechenland – und für Flüchtlinge ohnehin nicht.

Hier handelt es sich um einen Solidaritätsbegriff, der sich entlang nationaler, ethnischer oder religiöser Linien abgrenzt. Das lässt sich in Anlehnung an die nationalsozialistischen bzw. faschistischen Bewegungen in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts auch als „volks-

gemeinschaftliche Solidarität“ bezeichnen. Es gibt derzeit in Europa sehr starke Tendenzen, dies so zu handhaben. Etwas Negatives – nämlich Ausschluss und Separierung von Armut in Bedürftige erster und zweiter Klasse – wird mit einem an sich positiv besetzten Begriff wie Solidarität für die „eigene Gruppe“ gerechtfertigt.

Hier und da erlebe ich auch im deutschen Diskurs Anwendungen dieser sehr problematisch verstandenen Form von Solidarität. Etwa wenn ich in der Zeitung lese, dass in manchen Kommunen bei den Tafeln Flüchtlinge auf Wartelisten gesetzt werden. In den Artikeln, die ich dazu las, bestand die Problematisierung seitens der Medienkollegen und seitens der Betreiber der Tafeln nicht darin, dass Flüchtlinge nicht flächendeckend mit Lebensmitteln versorgt wurden, sondern dass sie überhaupt an die Tafeln kamen. Einige Betreiber beklagten, dass sich die Flüchtlinge bei der Vergabe der kostenlosen Lebensmittel vordrängelten. Die Lösung bestand in unterschiedlichen Öffnungszeiten. Erst die deutschen Bedürftigen. Dann die Flüchtlinge.

Auch seitens der deutschen Parteien wurden angesichts bevorstehender Landtagswahlen Ressentiments geschürt, indem man Volkes vermeintliche Sorge des „Zukurzkommens“ ernst zu nehmen vorgab und das in den Kontext von Solidarität setzte. Oskar Lafontaine aus der Partei die Linke sagte in einer Talkshow, dass er die Bevölkerung gut verstehen könne, wenn diese beklage: „Für uns ist kein Geld für Renten, Bildung und Gesundheit da, aber für die Flüchtlinge.“

Diese Aussage wurde wenig später von Sigmar Gabriel aus der SPD aufgegriffen (mit dem Vorschlag eines Investitionsprogramms „für Deutsche“) und kursiert seitdem als Gegenargument für eine bedingungslose Solidarität mit Flüchtlingen, die in Europa landen. Das ist insofern interessant, da es sich bei der Linken und SPD um Parteien handelt, deren Markenkern darin bestand, die Unterscheidung von „Wir“ und „die anderen“ aufzuheben und eine gleichberechtigte Gesellschaft zu organisieren. Im Grundsatzprogramm der SPD stehen im



ersten Satz die Worte Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit, und im zweiten Satz taucht die Solidarität auf.

Wenig später wird vertieft, wem sie gebühren soll. Dazu heißt es in der Grundwertecharta der SPD in einer sehr schönen Definition:

„Solidarität bedeutet wechselseitige Verbundenheit, Zusammengehörigkeit und Hilfe. Sie gilt zwischen Starken und Schwachen, zwischen Generationen, zwischen den Völkern. Solidarität schafft Macht zur Veränderung, das ist die Erfahrung der Arbeiterbewegung. Solidarität ist eine starke Kraft, die unsere Gesellschaft zusammenhält.“

Trotzdem machte sich Sigmar Gabriel zum Sprachrohr und Anwalt derjenigen Bürger, die durch den Zuzug von Flüchtlingen einen weiteren Abstieg im sozialen Gefüge befürchten. Er fasst diese Sorge in dem Satz zusammen: „Für die macht ihr alles, für uns macht ihr nichts“. Das ist ein sehr klug formulierter Satz, der das Ressentiment in einem perfekten Slogan zusammenfasst. Es ist davon auszugehen, dass er von professionellen politischen Kommunikationsexperten entworfen wurde. Ob man mit dem Wiederholen der Ängste Ängste schürt, ist eine andere Frage. Was zur Irritation führt, ist die völlige Abkehr vom Manifest der SPD.

Nämlich: Solidarität zwischen Starken und Schwachen, zwischen Generationen, zwischen den Völkern. Ein solcher Solidaritätsbegriff lässt eine Spaltung in „Die“ und „Wir“ nicht zu.

Wir lernen daraus, dass der ärgste Feind von Solidarität der Neid ist. Der Neiddiskurs ist übrigens das politische Konzept von AfD und Pegida. Wir erinnern uns vielleicht an die ostdeutsche Rentnerin, die auf einer Pegida Demonstration mitlief, weil sie sich wegen der Flüchtlinge zu Weihnachten kein Stück Stollen mehr leisten könne. „Für die macht ihr alles, für uns macht ihr nichts“ ist in diesem Fall der maßgeschneiderte Satz für das Gefühl dieser Oma. Er ist verständnisvoll und affirmativ formuliert. Er verurteilt den Neid in keiner Weise.

Wenn Solidarität immer nur das ist, was man abgibt, wenn man etwas übrig hat, ist man zu Abgrenzungen gezwungen. In einer solchen Logik ist Solidarität immer ein endlich Ding. Dann entstehen notgedrungen Gruppen von „Wir“ und „Ihr“. Das ist gemein, aber es ist logisch.

Doch ist Solidarität wirklich das, was übrig bleibt, wenn man selber versorgt ist? Ist Solidarität eine Art Spende? Gleichsam eine besonders luxuriöse Form der Wohlfahrt?

Ich verstehe Solidarität als ein Ordnungsprinzip, das den anderen nicht zum Anderen macht, sondern zum Eigenen definiert. Wie sieht das politisch aus?

Der Wahlspruch der Schweizerischen Eidgenossenschaft lautet: „Einer für alle, alle für einen“. Die Eidgenossenschaft besteht aus 26 Kantonen, die vier offizielle Amtssprachen sprechen, und einer Gesamtbevölkerung, deren nationale Identität und Zusammenhalt aus Vielfalt besteht und nicht auf einer gemeinsamen Sprache, Religion oder Ethnie basiert. Einer für alle, alle für einen lässt nur eine Gruppenzugehörigkeit zu, nämlich die des Wir, eine Gruppe von verschiedenen Ichs.

Das ist die tragende Säule der Solidarität, die bedeutet: „Mitgehangen, mitgefangen“. In finanzpolitischer Hinsicht bedeutet das, dass die Schulden des einen Schulden des Anderen sind. Das Vermögen des einen ist das Vermögen des anderen. Volkswirtschaftlich betrachtet ist uns dieses Prinzip in der Bundesrepublik Deutschland seit 1950 bekannt. Wir nennen es Länderfinanzausgleich. Ausgleich ist ein sehr schöner Ersatzbegriff für Solidarität. Weil er den Kern hervorhebt. Es geht um das Angleichen in einem System ungleicher Verhältnisse und Bedingungen.

Wir kennen in unserer Finanzwirtschaft den Solidaritätszuschlag, der bislang zweimal eingesetzt wurde. Einmal in den sechziger Jahren und ein zweites Mal 1991.



1991 ging es darum, sich mit den USA solidarisch zu zeigen und sich an den Kriegskosten des Irakkrieges zu beteiligen. Außerdem wurde dem damaligen Bundeskanzler Helmut Kohl klar, dass die Wiedervereinigung nicht ohne Steuererhöhungen auskommen wird. Der Solidaritätszuschlag ist ein Instrument zur Besteuerung des Einkommens, wenn ein Bedarf durch den Haushalt nicht mehr gedeckt werden kann. Seine Höhe ist begrenzt, nicht aber seine Erhebungsdauer. Hier haben wir den Beweis dafür, dass Solidarität als politisches Instrument nichts ist, in Zeiten des Überflusses angewendet werden muss, sondern des Mangels.

Was die Akzeptanz des Solidaritätszuschlags betrifft, ist davon auszugehen, dass es seitens der Bevölkerung größeren Widerstand dagegen gegeben hätte, wenn er lediglich mit der Finanzierung des Golfkrieges begründet worden wäre. Der „Soli“, wie er im täglichen Sprachgebrauch genannt wurde, sollte nicht nur die Kriegskosten gegenfinanzieren, sondern auch die Kosten der Deutschen Einheit. Betont wurde beim Soli stets der Solidaritätsgedanke für die neuen deutschen Mitbürger. Größere Widerstände gegen die seit 25 Jahren andauernde Steuererhöhung wurden nicht beobachtet. Zwar wurden hin und wieder Gegenstimmen laut, dass doch nun langsam jedes Straßenbahngleis in Ostdeutschland vergoldet sein müsste, aber es finden sich in der Politik immer wieder auch Stimmen, die diese Art der Berechnung als unsittlich, ja unsolidarisch betrachten. Theo Waigel, der zum Zeitpunkt der Einführung des Solis Finanzminister war, schmetterte jegliche Kritik ab. Er sagte: „Wenn dein Bruder vor der Tür steht, lässt du ihn rein und fragst nicht, was es kostet.“

Natürlich gehen wir sofort das Gedankenexperiment ein, wie der Satz klingen würde, wenn man den Bruder durch den Flüchtling austauscht.

Auf europäischer Ebene kennen wir das Solidaritätsprinzip aus der Agrarwirtschaft. Jeder Agrarbetrieb innerhalb der EU erhält Subventionen. Die gemeinsame Agrarpolitik wurde in den Römischen Verträgen 1957 beschlossen und besiegelt. Der Grund für Agrarsubventio-

nen ist der Gedanke des Ausgleichs zwischen unterschiedlichen Klima- und Produktionsbedingungen. Es geht darum, Versorgung zu gewährleisten und Preispolitik zu gestalten. Es geht darum, Gerechtigkeit zu schaffen. Manchmal mit grotesken Auswirkungen. Es gibt nicht mehr „mein Milchpreis, dein Milchpreis“, sondern Erträge werden zusammengeführt und wenn es sein muss, werden Überschüsse vernichtet, um Preise stabil zu halten. Der Gedanke dahinter ist: „Heute profitierst du, morgen ich“. Auslöser für dieses an sich sehr schöne Prinzip war der Hunger in der Nachkriegszeit. Absurd ist, dass durch die EU-Agrarpolitik der Hunger in der EU bekämpft wurde, jedoch Hunger in Afrika auslöste und zu neuerlichen Migrationströmen führte. Durch die Ausfuhr billiger Agrarprodukte wird die Landwirtschaft auf dem afrikanischen Kontinent ruiniert. Das heißt, dass wir in diesem speziellen Fall den Hunger nur dann als Problem anerkennen, wenn er „uns“ betrifft. Wir befinden uns damit in einem Solidaritätsraum, den wir entlang der europäischen Länder eingegrenzt haben.

Überhaupt klappt das Solidaritätsprinzip immer dann am besten, wenn die Wirtschaft wächst und Geber und Nehmer sich abwechseln. Aus den Diskussionen des Länderfinanzausgleichs kennen wir den Unmut der vier Geberländer gegenüber den Nehmerländern. Wenn sich das Verhältnis zwischen Zahlenden und Abhebenden nicht abwechselt, kommt es zu Spannungen.

Damit sind wir wieder auf der europäischen Ebene gelandet.

Das Prinzip der Solidarität als politische Notwendigkeit lesen wir sehr schön aus der jüngsten Bankenkrise in Griechenland heraus. Griechenland ist aus verschiedenen Gründen in eine Staatsschuldenkrise gelangt, aus dem es nur mit EU-Hilfsgeldern vor dem totalen Zusammenbruch gerettet werden konnte.

Was in der Agrarpolitik gut klappt – obwohl es auch da deutliche Profiteure und Missbrauch gibt, beispielsweise durch die großen Konzerne, hat die Finanzkrise Griechenlands deutlich gemacht. Für das Prinzip Solidarität braucht man dringend das Gefühl der inneren Zusam-



mengehörigkeit. Obwohl es beim Retten der Banken auch um das Geld jener Europäer ging, deren Nationen Kredite und Bürgschaften gaben, kam bei den Bürgern nur an, dass sie mit Abgaben für den Schadenrichter Griechenland gerade stehen müssten. Man hatte das Gefühl, dass die Bürger Europas Solidarität als überflüssigen Luxus betrachteten und nicht verstanden, dass man selber fällt, wenn man Griechenland fallen lässt. Der Gedanke der Solidarität wurde innerhalb kürzester Zeit ad absurdum geführt, indem man aus „Füreinander einstehen“, das Prinzip „Solidarität mit Bedingungen“ erfand. Man koppelte die Solidarität mit Auflagen für die griechische Wirtschaft, nicht selten zum Schaden Griechenlands, das bis heute immer noch nicht stabil auf eigenen Beinen steht.

So weit unsere alltägliche Erfahrung mit Solidarität, wie wir sie ständig machen, ohne dass es uns immer bewusst wird.

Doch in der Flüchtlingspolitik wird das Wort Solidarität zunehmend als Provokation empfunden. Sämtliche Wählerschichten des konservativen Spektrums in Europa drehen durch, wenn sie von Politikern hören, wie diese um Solidarität werben. Es ist den europäischen Gesellschaften nicht gelungen, Solidarität als Normalität zu begreifen, weshalb sie geradezu aggressiv reagieren, wenn von ihr die Rede ist.

Deutschland profitiert durch seine geografische Position insofern, dass es nicht jeden Tag vor Augen hat, wie Flüchtlinge vor der eigenen Küste und den Augen der Bevölkerung ertrinken. Es gibt Regionen auf der Welt, in denen Kinder morgens auf dem Weg zur Schule angespülte Wasserleichen sehen. In Griechenland ist das so, in der Türkei, in Italien, in Malta, auf Zypern.

Wir erinnern uns sehr gut an die verzweifelten Appelle der Partner aus den Mittelmeerländern, die inständig darum baten, eine Lösung für die Flüchtlinge zu finden. Sei es, wenn es darum geht, sie aufzunehmen. Sei es, als es darum ging, sie aus den Meeren zu retten.

Als am 3. Oktober 2013 ein Boot mit 545 Menschen bei Lampedusa unterging, war die Reaktion der Bundesregierung, dass Deutschland bereits 65.000 Flüchtlinge aufgenommen und damit weit über seine Kapazitäten hinaus agiert habe.

Solidarität und Kapazität werden hier als Gegensatz aufgemacht. Wenige Jahre später erklärt uns die Bundeskanzlerin, dass ihrem Handeln nun der humanitäre Imperativ zugrunde liegt. Imperativ meint Gebot oder Prinzip. Hier nähern wir uns langsam der Solidarität als politischer Notwendigkeit.

Die Forderung einiger Politiker, wie etwa Martin Schulz (SPD), dass man die Flüchtlinge gerecht auf Europa verteilen müsse, galt damals als schräge Minderheitenmeinung. Zwischen dieser Ansicht und heute, da die Bundesregierung in zähen Kämpfen um Solidarität bei der Aufnahme der Flüchtlinge bei seinen EU-Partnern wirbt, liegen drei Jahre. Drei Jahre, in denen sich der arabische Frühling ausweitete, der syrische Bürgerkrieg andauerte, der libysche Krieg fort dauerte und der türkische Krieg gegen die Kurden ausbrach. Die Bundesregierung agiert seit der Aufnahme von mehreren hunderttausend Flüchtlingen seit neuestem mit dem Begriff der Europäischen Solidarität.

In sämtlichen politischen Maßnahmen, die ich Ihnen vorhin nannte und die auf dem Grundgedanken der Solidarität fußen, sind Nehmer und Geber in den Diskurs involviert. In allen Beispielen standen alle Akteure in einem politischen Gespräch und rangen miteinander um eine Lösung. Schaden und Nutzen konnten benannt und beziffert werden. Der Bedürftige konnte sich artikulieren und der Geber konnte sich artikulieren. Ganz gleich, ob auf nationaler oder internationaler Ebene. Alle Akteure stehen sich stets gegenüber. Entweder auf eigens dafür einberufenen Krisentreffen und Sondersitzungen oder im Parlament.

Im Fall der Flüchtlinge haben wir es erstmal mit einem europäischen Problem zu tun, bei dem die Hilfsbedürftigen, die auf Solidarität angewiesen sind, in keiner Form am Verhandlungstisch sitzen. Die Flüchtlinge warten an den Grenzen, in Lagern oder Aufnahmeein-



richtungen. Es gibt keine institutionalisierte Form, in der sie für sich sprechen können. Sie haben aufgrund ihrer Situation auch nicht die Möglichkeit, sich in Protestformen wie Demonstrationen zu organisieren. Ihre Barrieren sind auch durch ihr Sprachdefizit begründet. Wir kennen nur ihre Bilder. Diese Bilder verfügen über eine Ästhetik, die wir nur von Bettlern kennen. Wenn im Zusammenhang mit diesen Menschen Flüchtlingsgegner mit einem „Wir haben selber nichts“ reagieren, geschieht das meiner Ansicht nach auch deshalb auf der Grundlage von Armenfürsorge, weil wir diese Bilder des modernen Bettlers gestatten. Und wie begegnet man Armut? Man spannt keine Rettungsschirme, die man in nächtlichen Sondersitzungen innerhalb von Stunden beschließt. Nein. Man verschärft das Asylrecht und die Leistungen.

Wir haben es bei den Flüchtlingen mit einer politischen Interessengruppe zu tun, die weder über ein politisches noch parlamentarisches Instrument verfügt. Aber auch über kein wirtschaftliches oder politisches Druckmittel. Sie haben keine Organisation, die Überblick über ihre Situation geben kann. Sie haben keine Sprachrohre, über die sie sich in den aktuellen Diskursen der jeweiligen Länder äußern können. Hin und wieder hält ihnen ein Reporter entlang den Fluchtwegen ein Mikro hin, und so sprechen sie individuell, nie kollektiv. Sie haben keinerlei Handhabe, im Ringen um politische Argumente teilzunehmen zu können. Dadurch bringen sie jene, die für sie Wort ergreifen, immer in die Lage, Fürsprecher zu sein.

In einem ausgewogenen politischen Diskurs muss es aber politische Gesprächspartner auf Augenhöhe geben, die für die eigene Interessengruppe sprechen. Außerdem bedarf es eines politischen Rahmens, in dem der politische Partner sein Anliegen äußern kann. Beides existiert nicht. Weder der Sprecher noch der politische Rahmen.

Deshalb ist eine Situation entstanden, in der die anderen politischen Partner das tun, was sie immer tun: ihre Interessen vertreten, die natürlich nicht darin bestehen, das Beste für die Flüchtlinge herauszuholen, sondern für die Länder. Deshalb geht es beim EU Sonder-

gipfel nie darum, Flüchtlinge zu schützen, sondern Grenzen zu schützen. Es fehlt in diesem Gespräch der betroffene Akteur am Verhandlungstisch.

Was könnte ein Flüchtling in einen solchen politischen Prozess als Argument beitragen? Er könnte darauf hinweisen, dass das, was einige Bürger als überflüssige Ausgabe an die Flüchtlinge betrachten, in Wirklich kein Geschenk ist. Jeder Euro, der für einen Flüchtling und seine Eingliederung in das System ausgegeben wird, ist ein Euro, der in die Bildungs-, Gesundheits-, und Wohnungsbaupolitik investiert wird. Es werden mehr Wohnungen gebaut, mehr Lehrer eingestellt, mehr Baumaterialien gekauft. Es werden Aufträge vergeben, die Wirtschaft angekurbelt, am Ende werden wir diese Menschen als Kollegen begrüßen und sie werden arbeiten und Steuern zahlen. Auch wenn es nicht danach aussieht, handelt es sich um Geben und Nehmen, wenn man ein solidarisches Bündnis mit den Flüchtlingen eingeht.

Solidarität bezieht sich auf den Gedanken, dass jeder Mensch, jedes Land, jedes System irgendwann einmal von Armut, Obdachlosigkeit, Ausgrenzung, Unterdrückung, Krieg oder Flucht betroffen sein kann.

Solidarität ist ein Bestandteil vom Grundriss der Europäischen Union. Im Vertrag von Lissabon sind die Ziele und Werte für das Handeln der Europäischen Union formuliert. Um es zu betonen: Es geht nicht um Gefühle, sondern um konkretes Handeln.

„Die Werte, auf die sich die Union gründet, sind die Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und die Wahrung der Menschenrechte einschließlich der Rechte der Personen, die Minderheiten angehören. Diese Werte sind allen Mitgliedstaaten in einer Gesellschaft gemeinsam, die sich durch Pluralismus, Nichtdiskriminierung, Toleranz, Gerechtigkeit, Solidarität und die Gleichheit von Frauen und Männern auszeichnet.“



Diese Handlungsmaxime steht da nicht drin, damit wir uns besser fühlen, sondern weil die Alternative dazu das ist, was wir in Afghanistan, Irak und Syrien beobachten. Nämlich Krieg.

Solidarität ist eine komplizierte Angelegenheit. Sie ist ein wenig auch wie Zucker. Alle werden hysterisch, wenn sie das Wort Zucker hören, tatsächlich gibt es aber kaum ein Produkt, in dem er nicht steckt. So ist es auch mit der Solidarität. Wenn jemand sie einfordert, findet sich sofort jemand, der allergisch darauf reagiert. Aber der Gedanke der Solidarität steckt in jedem Friedensvertrag, in jeder erfolgreichen politischen Maßnahme, in jedem Sozialversicherungsmodell, in jeder Tarifrunde. Egal, ob es um Elterngeld geht oder um Mindestlohn. Wir zeigen uns solidarisch, weil Zusammenhalt im Zusammenspiel von Einheit, Hilfsbereitschaft und Interessenausgleich notwendig ist, um friedlich und relaxt leben zu können. Wenn wir das so kommunizieren könnten, würde es vielleicht eine Tonlage weniger aufgedreht laufen.

Gerechtigkeit und Solidarität sind sich in meinen Augen sehr ähnlich. Ich würde es so formulieren: Gerechtigkeit ist das Ziel und Solidarität der politische Weg dahin. Mir tut es weh, wenn ich Menschen höre, die in den Genuss von Gewerkschaften kommen und sich gleichzeitig abgrenzen von anderen, die ihnen ähnlicher sind, als sie denken. Der Kampf, der unten ausgefochten wird, verpulvert Energien, die nötig wären, um sich mit den Richtigen anzulegen.

Ich glaube daran, dass die Schwachen einer Gesellschaft, die Minderheiten, die Geringverdiener, die Abgehängten und Vergessenen eine starke Macht sind. Denn ich sagte es zu Anfang: Die Sprache der Menschen, die müde davon sind, für ein besseres Leben zu kämpfen, ist eine Sprache, die überall auf der Welt gesprochen und verstanden wird. Der arabische Frühling beispielsweise war ein Kampf um bezahlbaren Wohnraum und um Löhne, die es einem Zimmermann erlauben, sich Gemüse auf dem Markt kaufen und seine Gasrechnung zahlen zu können. Viele der Kriege, die wir heute beobachten, sind aus sozialer Ungleichheit entstanden und nicht aus Konflikten zwischen Ethnien oder Religionsgemeinschaften.

Dazu wurden sie immer erst später. Denn es gab Zeiten, als diese Minderheiten gut miteinander auskamen. Es waren Zeiten, als alle zu essen hatten.

Ich wünsche mir, dass ein Wort wie Solidarität künftig selbstbewusst ausgesprochen wird. Und dass wir eine Gesellschaft werden, die aufeinander acht gibt. Dass wir aufpassen, dass es unseren Kollegen gut geht. Dass wir Platz machen für die Neuen. Dass wir den Reichen ihren Reichtum und ihr bequemes Leben gönnen. Und dass es uns belästigt, wenn unter uns in Deutschland Menschen leben, die sehnsüchtig in Supermärkten Ausschau halten nach Lebensmitteln, die sie sich nicht leisten können und auf die sie Appetit haben. Ich wünsche mir, dass jeder Mensch in meinem Land ein so schönes Leben hat, wie ich es habe. Ich bin allen Frauen und Männern dankbar, die sich dafür in Initiativen, Projekten, Vereinen und Gewerkschaften engagiert haben. Ich habe von ihnen allen profitiert.

Selbst erfahrene Solidarität ist das beste Gleitmittel für Teilen wollen und Teilhabenlassen. Aber man muss lernen zu sehen, wo man sie in seinem Leben genossen hat. Vielleicht ist das die schwierigste Aufgabe: Einer ihrer selbst überdrüssigen Gesellschaft zu zeigen, dass – ganz gleich ob man viel oder wenig hat – es sich dabei immer um das Ergebnis von etwas handelt, an dem viele Menschen Anteil hatten.

1972 landete mein Vater in einer niedersächsischen Lackdrahtfabrik. Damals, so erzählte er, wurde er noch mit „Achtung Türke“ angesprochen. Eines Tages ging er zu seinem Vorarbeiter und sagte in elegantestem Deutsch: „Vorarbeiter, Ich nix Türke. Ich Hasan.“ Daraufhin sagte der Vorarbeiter: „Das ist zu schwer für mich“. Mein Vater antwortet: „Arbeiter sein schwer. Mensch sein leicht. Du kannst üben.“ Manchmal vermisse ich diese alten Leute, die es mit so viel Humor und Verständnis verstanden, auf Unzulänglichkeiten anderer zu reagieren. Ihnen war die Lust an der Eskalation fremd. Und mir gefiel, wenn mein Vater mir erzählte, warum es so wichtig ist, sich mit anderen Menschen zusammen zu tun. Weil man alleine nichts ist und verloren.

Man kann es auch so sagen:

*Alles was auf der Erde gemacht ist,
ist gemacht von der Arbeitskraft der Menschen.
Und das, was man Zivilisation nennt,
hat diese Arbeitskraft als Summe übereinandergelegt.*

*Da ist ein bisschen dein, ein bisschen mein Anteil,
das ist der Anteil der Arbeitenden,
egal aus welcher Nation oder wo sie leben.*

*Selbst in dem weichen Toilettenpapier und in den Raketen, die zum Mond fliegen,
steckt ihr kaum merklicher Schweißgeruch.*

*Und glaub mir, der von Meister Halit ist auch dabei.
Es gibt nur die Erde, die allen gehört,
und das Ding, das die Welt macht,
ist die Arbeitskraft.*

*Und alle, die ihre Arbeitskraft geben, sie haben den gleichen Anteil an der Welt.
Sie müssten ihn haben.*

Mit diesen Zeilen von Aras Ören, dem ersten Gastarbeiter Deutschlands, der Gedichte veröffentlichte, beende ich meinen Vortrag und danke Ihnen dafür, dass ich meine Gedanken mit Ihnen teilen durfte.

Über die Autorin

Mely Kiyak ist Publizistin und Autorin mehrerer Bücher. Ihre Essays, Analysen und Radio-feuilletons erscheinen unter anderem in der ZEIT, FAZ, taz und bei Deutschlandradio Kultur.

2011 wurde sie mit dem **Theodor-Wolff-Preis** ausgezeichnet.

Im selben Jahr erschien *Ein Garten liegt verschwiegen... Von Nonnen und Beeten, Natur und Klausur*.

Ihre politischen Kolumnen, die sie für die Frankfurter Rundschau und Berliner Zeitung schrieb, sind im Band *Briefe an die Nation und andere Ungereimtheiten* versammelt.

Zuletzt erschienen:

Herr Kiyak dachte, jetzt fängt der schönes Teil des Lebens an und *Istanbul Notizen*.

Für Zeit Online schreibt sie die wöchentliche Kolumne **Kiyaks Deutschstunde** und für das Gorki Theater Berlin **Kiyaks Theater Kolumne**. Ihr erstes Theaterstück *Aufstand* (Monolog eines wütenden Künstlers), das derzeit am Badischen Staatstheater Karlsruhe und am Maxim Gorki Theater aufgeführt wird, handelt von der Utopie einer friedlichen Gesellschaft in Zeiten des Krieges. Gemeinsam mit anderen Kollegen führt sie außerdem die Show *Hate Poetry* auf, für die sie 2015 die Auszeichnung **“Journalisten des Jahres”** erhielt.

Mely Kiyak ist gemeinsam mit Frank Walter Steinmeier Mitinitiatorin der Europäischen Schriftstellerkonferenz, die 2014 stattfand und 2016 wiederholt wurde.



Impressum

IG Metall Vorstand
FB Zielgruppenarbeit und Gleichstellung
Ressort Migration und Teilhabe

Wilhelm-Leuschner-Straße 79
60329 Frankfurt

Redaktion: Dorothee Wolf
Gestaltung: Peter Kalmar
Fotos: Bianka Huber
Titel: freshidea@fotolia.de
Druck: Alpha Print Media, Darmstadt

Frankfurt am Main, Juli 2016



